



## Gesundheitsschutz mit Freiheit verbinden

21.01.2022 12:30

Von FDP Freibrief <freibrief@fdp.de>

An g.priesmeier@t-online.de <g.priesmeier@t-online.de>

[Hier klicken für die Web-Version](#)

**freibrief**



Liebe Gabriele Priesmeier,

erneut steigen die Corona-Neuinfektionen deutlich an. Wir Freie Demokraten setzen uns weiterhin für verhältnismäßige Maßnahmen ein, die wirksamen **Gesundheitsschutz mit gesellschaftlicher Freiheit** verbinden.

Die **Streichung des Paragraphen 219a** ist überfällig. Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann geht dieses Vorhaben direkt an und setzt damit ein starkes Zeichen. Wir finden: Sachliche Informationen zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen auf Websites von Ärztinnen und Ärzten dürfen nicht dem Risiko einer strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt sein.

Zum Jahresbeginn haben die Bundesministerinnen und -minister im Bundestag ihre **wichtigsten Vorhaben vorgestellt**. In ihren Reden machen sie deutlich: Die neue Bundesregierung ist eine Zukunftskoalition, die mehr Fortschritt wagt. Nach Jahren des Stillstands soll eine neue Dynamik entfacht werden.

THEME  
N

MELDUNGE  
N

STELLENAUSSCHREIBUN  
GEN

TERMIN  
E



## Gesundheitsschutz mit Freiheit verbinden

Die Anzahl der Neuinfektionen steigt durch die Omikron-Variante aktuell deutlich an. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Pandemie wirksam und konsequent bekämpft wird. Dazu gehören weiterhin das Impfen, Boostern und die notwendigen Kontaktbeschränkungen. Zugleich muss der Gesundheitsschutz mit möglichst viel gesellschaftlicher Freiheit einhergehen. Einen flächendeckenden Lockdown und pauschale Schulschließungen wollen wir deswegen auch weiterhin verhindern. Der designierte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai macht im Interview mit dem Handelsblatt deutlich, dass die Eingriffe des Staates verhältnismäßig sein müssen. „Mit der permanenten Forderung nach maximaler Verschärfung riskieren wir, die Akzeptanz in der Bevölkerung zu verlieren“, sagt Djir-Sarai. „Als Freie Demokraten treten wir von Beginn der Pandemie an dafür ein, den Schutz der Gesundheit mit möglichst viel Freiheit zu verbinden.“

- Interview: Bijan Djir-Sarai – „Kein Grund, die Maßnahmen weiter zu verschärfen“ ([Handelsblatt](#))

► [Mehr](#)

## FDP-Minister stellen ihre Vorhaben im Bundestag vor

In einer mehrtägigen Generaldebatte im Bundestag über die Vorhaben der Ampel-Regierung stellten Christian Lindner, Bundesminister der Finanzen, Bettina Stark-Watzinger, Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Marco Buschmann, Bundesminister der Justiz sowie Dr. Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr, ihre Pläne vor.

Lindners Ziel ist es, in den nächsten Jahren aus dem Corona-Krisenmodus herauszukommen. „Es müssen 24,8 Milliarden Euro weniger Schulden gemacht werden, als von der Vorgängerregierung geplant. Damit wird die Nettokreditaufnahme reduziert.“ Die Finanzpolitik werde noch immer von der Pandemie geprägt, so der Minister: „Wir tun, was nötig ist, aber es wird nicht ausgereizt, was möglich wäre.“ Die Bundesregierung strebe an, die Schuldenbremse ab 2023 wieder einzuhalten.

Für einen echten Aufbruch in der Bildungspolitik brauche es laut Ministerin Stark-Watzinger, eine Förderung für Schulen in benachteiligten Regionen, elternunabhängiges BAföG sowie eine Förderung des lebenslangen Lernens. Denn gute Bildungspolitik ermögliche „für alle die Chance, Pilot des eigenen Lebens zu sein, aufzusteigen, Erfolg zu haben.“ Deutschland bräuchte eine ambitionierte Forschungspolitik, „damit wir uns als Innovationsland beweisen, Antworten auf Zukunftsfragen geben, Krisen bewältigen können.“

Dr. Volker Wissing kündigt an, die Mobilität in Deutschland technologieoffen weiterzuentwickeln. Dabei sei es wichtig, den Menschen das Leben nicht zu erschweren. Der Ausbau der Schnellladeinfrastruktur ist für ihn eins der drängendsten Themen. „Niemand kauft sich ein E-Auto, wenn er Stunden an der Ladesäule warten muss.“ Außerdem will der Minister Deutschland digitaler machen: durch schnelleres Internet, besseren Mobilfunk und eine digitale Verwaltung.

Dr. Marco Buschmann will die Bürgerrechte stärken und für „eine neue Balance von Sicherheit und Freiheit sorgen.“ Zudem soll **Paragraf 219a StGB** gestrichen, die Verantwortungsgemeinschaft eingeführt und die Vorratsdatenspeicherung abgeschafft werden.

Letztere stehe formal im Gesetz, Gerichte hätten sie aber gestoppt. „Sie findet kaum Anwendung, weil die Bundesnetzagentur sie nicht durchsetzt. Die Vorratsdatenspeicherung trägt also kaum etwas zur Sicherheit bei.“

- Weiterlesen: [Lindner will in finanzpolitischen Gestaltungsmodus wechseln](#)
- Weiterlesen: [Mit bester Bildung Lebenschancen schaffen](#)
- Weiterlesen: [Nachhaltige Mobilität voranbringen](#)
- Weiterlesen: [Buschmann will Bürgerrechte stärken](#)

---

## Ärztinnen und Ärzte sollen über Möglichkeit zur Abtreibung informieren dürfen

Frauen dürfen in der Notsituation einer ungewollten Schwangerschaft nicht alleine gelassen werden. Bislang ist es jedoch so, dass Ärztinnen und Ärzte sich strafbar machen können, wenn sie weiterführend über einen möglichen Eingriff in die Schwangerschaft informieren. Ein unhaltbarer Rechtszustand, den wir schnellstmöglich beenden wollen. Der Bundesminister der Justiz, Dr. Marco Buschmann, hat dazu schon in dieser Woche einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der den Paragraphen 219a StGB aufhebt.

Es dürfe nicht sein, dass jedermann im Internet alle möglichen Dinge über Schwangerschaftsabbrüche verbreiten dürfe, nur die dafür besonders qualifizierten Fachleute nicht, erklärte Dr. Buschmann. „Die Situation für die betroffene Frau ist schwierig genug – wir dürfen sie nicht noch erschweren.“ Anpreisende oder grob anstößige Werbung bleibe nach dem ärztlichen Standesrecht weiterhin ausgeschlossen.

---

## fdplus: Jetzt kostenlos bestellen



Haben Sie die neue Ausgabe der fdplus schon gelesen? Im FDP Shop bieten wir das Magazin für alle Mitglieder kostenlos und versandkostenfrei an. Nutzen Sie die fdplus auch als Werbemittel, zur Unterstützung an

Infoständen oder für Neu-Mitglieder.

- Unter [fdp.de/shop](https://fdp.de/shop) (Menüpunkt Bestellartikel > Broschüren/Bücher) können Sie sie direkt mehrere Ausgaben komplett kostenfrei bestellen.
- Weiterhin können Sie die fdplus per App auf Ihrem **iPhone** oder **Android-Gerät** sowie **online** lesen.

## Landtagswahl Saarland: Kampagnenvorstellung



Unter dem Slogan „Ein Land will neu“ tritt der Landesverband Saar zur Landtagswahl am 27. März an. Gemeinsam stellten Spitzenkandidatin Angelika Hießerich-Peter und ihr Team ihre Kampagne vor.

„Wir wollen für nötige Veränderungen bei Wirtschaft, Bildung und Digitalisierung im Saarland sorgen. Diese ist nur mit der FDP möglich“, betonte die Spitzenkandidatin bei der Vorstellung.

- Schauen Sie sich hier die Zusammenfassung der Vorstellung an ([Facebook](#))

# Mit Ihrer Plakatspende den Wahlkampf unterstützen



In diesem Jahr wählen vier Bundesländer ihre neuen Parlamente. Die Wahlkämpfe im Saarland, in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen können Sie jetzt mit einer Plakatspende

unterstützen. Tragen Sie zu einer starken Präsenz der Freien Demokraten bei den kommenden Wahlen bei und sichern Sie sich die attraktivsten Plakatstandorte, denn unsere Mitbewerber buchen bereits. Auch Orts- und Kreisverbände können das Plakatspendentool nutzen. Empfehlen Sie es potenziellen Spendern, die für konkrete Projekte spenden wollen.

- [Hier können Sie die Plakate spenden](#)

## Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sucht:

- Auszubildende/Auszubildender zur Köchin/zum Koch (w/m/d)
- Ausbildung zum/zur Fachangestellten für Medien und Informationsdienste – Fachrichtung Archiv (w/m/d)
- Studentische Aushilfe als Mitarbeiter Telefonzentrale/Empfang Potsdam (w/m/d)
- Mitarbeiter Telefonzentrale/Empfang Potsdam (w/m/d)

## Die FDP-Landtagsfraktion Hessen sucht:

- Teamassistenz (w/m/d)

## Die Landesgruppe Ost der FDP-Bundestagsfraktion sucht:

- Wissenschaftlicher Referent (w/m/d)

Stellenausschreibungen der FDP-Bundestagsfraktion finden Sie hier.

## Termine

- Außerordentlicher Landesparteitag FDP Nordrhein-Westfalen 📅  
22.01.2022 | [www.fdp.nrw](http://www.fdp.nrw)
- Wahl des Bundespräsidenten 📅 13.02.2022
- Landesparteitag der FDP Niedersachsen 📅 26.03.2022
- 73. Ordentlicher Bundesparteitag 📅 23.04.2022 | Berlin

### Impressum

Redaktion: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin,  
Tel.: 030 284958-0, E-Mail: [freibrief@fdp.de](mailto:freibrief@fdp.de), Internet: [www.fdp.de](http://www.fdp.de)

Verantwortlich: Michael Zimmermann, Bundesgeschäftsführer